Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7057.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale. Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 36. Mittwoch den 12. Februar 1896. 7. Jahrg.

Aus Sachsens gewerblicher Entwickelung.

Von P. Br.

Das Königreich Sachsen hat außer dem Scharfsinne seiner Richter und der soldatischen Geradheit seiner Polizeigemüter noch eine besonders interessante Eigenschaft — seine gewerbliche Entwickelung. Sind doch aller guten Dinge drei! An diesem gewerbefleißigsten aller deutschen Vaterländer, dessen Webersstädte mit denen Englands an Weltruf zu wetteifern beginnen, war lange zum Erstaunen zu bemerken gewesen, wie die verhältnismäßig bedeutende Anzahl der Kleinbetriebe nicht nur vor den Großbetrieben nicht zurückwich, sondern sogar in beträchtlichem Steigen verharrte. Und nur der Trost blieb dem Sozialpolitiker, der aus der Erkenntnis der kapitalistischen „Vorsehung" heraus das Verschwinden der Kleinbetriebe für unabwendbar hielt, daß wenigstens verhältnismäßig die Kleinbetriebe nicht so rasch zunahmen, als die Großbetriebe, und daß besonders auch die Arbeiterzahl der Großbetriebe verhältnismäßig rascher stieg, als die Anzahl der in Kleinbetrieben thätigen Hände. So war die Zahl der Großbetriebe zwischen 1875 und 1882 von 8420 auf 12 130, das ist um 44·5 auf tausend, die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter von 262 885 auf 346 549, das ist um 441 auf tausend gestiegen. Dagegen war die Zahl der Kleinbetriebe in jener Zeit von 229 905 auf 299 450 oder bloß um 303 auf tausend, die Zahl der Arbeiter von 369 459 auf 466 769 oder bloß um 302 auf tausend angewachsen. Das alles bedeutete jedoch nur einen geringen Fortschritt der Großindustrie gegenüber dem Kleingewerbe.

Zudem waren in jenen Zahlen als Großbetriebe alle diejenigen gerechnet, die mehr als fünf Arbeiter beschäftigen; die Grenze war also sehr zu ungunsten der Kleinbetriebe viel zu niedrig gegriffen, denn gemeinhin versteht man und kann man unter Großbetrieben nur solche verstehen, welche entweder mit Dampf- und dergleichen Motoren und dann etwa mehr als fünf Arbeitern schaffen oder mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigen. Um so gewichtiger erzählten dagegen von der bleibenden Stärke und Bedeutung der Kleinbetriebe die Grundzahlen, um welche die Arbeiter im Kleinbetriebe stärker angewachsen waren, als im Großbetriebe: ein Wachstum um 97 310 Köpfe in den Kleinbetrieben, in den Großbetrieben nur um 83 664!

Danach konnte Sachsen wirklich als das klassische Land des Kleingewerbes bezeichnet werden, und von Verfechtern und Verächtern unserer Anschauungen ist das geschehen. Weder aber zu dem zünftlerisch-pfiffigen Lächeln der einen, noch zu der Betroffenheit der anderen war eigentlich Ursache vorhanden. Sachsen war nur in dem sehr galligen Sinne das klassische Land des Kleingewerbes, als hier die dreiviertels bankrotten Kleingewerbler zu jener Entwicklung hinabgediehen waren, wo unmittelbar und mit tödlicher Sicherheit ein allgemeines Hinschlachten der Kleinen durch die Großen eintritt. Nicht auf dem ehemals goldenen Boden, der sprichwörtlich geworden ist, steht und blüht in Sachsen das Kleingewerbe, sondern seufzend unter dem ehernen Lohndruck der Ausfuhrhäuser darbt die vielköpfige Schar der Kleingewerbler durchs Dasein. Besonders die eigene Genügsamkeit und die größere Rücksichtslosigkeit und Findigkeit des Kleingewerblers, im Ausbeuten seiner Angehörigen, von Lehrlingen, alten Arbeitern, Arbeiterwitwen, „zahlreichen" Familienvätern und ähnlichen dem Zwange und der Not gehorchenden Hilfskräften hielt das Kleingewerbe über Wasser; denn darin freilich kann der Gewerbegroße und die Aktiengesellschaft den Wettbewerb nicht bestehen. Aber trotz solcher „günstigen" Eigenschaften schwimmt das Kleingewerbe nicht aus eigener Kraft, sondern kluge Berechnung der Ausfuhrhäuser zumal hält es oben.

Der sächsische Kleingewerbler arbeitet (mit Ausnahme etlicher Hufschmiede, Schneider und Schuster) nicht für eigene Kundschaft, noch für eigenen Laden, noch auch nur für eigene Rechnung. Er arbeitet für Rechnung des Ausfuhrhauses, das sich seine Kundschaft auf dem Weltmarkte sucht. Sobald es diesem vorteilhafter dünkt, Fabriken einzurichten, ist es mit den Kleinbetrieben vorbei. Heute sind die Meinungen geteilt, ob die Ausbeutung der Kleingewerbler (wobei es diesen überlassen bleibt, die Ausbeutung auf die Arbeiter in verstärkter Weise fortzuwälzen) oder unmittelbare Ausbeutung der Arbeiter in selbstbetriebener Fabrik dem Großkapitale mehr einbringt. Ausschlaggebend für die Häuser, die auf Verkehr mit kleinen Betrieben eingerichtet sind, pflegt die Berechnung zu sein, daß sie Mehrwert herausschlagen, ohne das Fährnis, das geschäftliche Risiko zu tragen, das mit Besitz und Betrieb eigener Fabriken notwendig verbunden ist, und das nicht gering anzuschlagen ist. Wie sie früher den Kleingewerblern die Rohstoffe zum Verarbeiten lieferten, so beschaffen die Ausfuhrhäuser den Kleingewerbetreibenden neuerdings auch die Maschinen, damit sie den gehäuften Bestellungen genügen können, wie sie dies Jahr allenthalben vorliegen. Denn diese armen Leute sind oft nicht mehr im stande, sich die nötigen Maschinen selbst zu kaufen. So ist es besonders in der Textilindustrie.

Manchen Kaufherrn leitet bei solchem Thun gewiß die Berechnung, die Kleinen so in unbedingte Botmäßigkeit zu bringen und eine noch strassere und ergiebigere Ausbeutung zu erreichen. Allein diese Rechnung wäre falsch. Die Kleinen haben vielfach nur deshalb bisher so billige Arbeit geliefert, weil sie den Mietwert der eigenen Räume, den Abnutzungswert der eigenen Maschinen und dergleichen nicht berechneten, indem sie diese Geschäftsunkosten nicht unmittelbar gewahr wurden. Die Herren aber, die ihnen die neuen Maschinen kaufen, werden nunmehr jene Nebenkosten tragen müssen. Dabei muß sich zeigen, daß die Kleingewerbler nicht zu den erhofften Lohnermäßigungen gebracht werden können. Zugleich aber trägt der Ausfuhrkaufmann am Risiko des Kleingewerbes mit seinen Maschinen mit, — und das einzige, was ihm im letzten Grunde den Verkehr mit den Kleinen vorteilhaft gemacht hatte, hört auf. So haben die vermehrten Bestellungen, der „geschäftliche Aufschwung" des letzten Jahres, weit entfernt, dem Kleingewerbe neue Kraft zu bringen, es in despotische Abhängigkeit vom Großkapitale gebracht, und die dabei geschaffenen Verhältnisse legen es diesem zugleich nahe, des grausamen Spieles ein Ende zu machen und eigene Fabriken anzulegen. Das ist der augenblickliche Stand der Dinge, und er muß mit tödlicher Sicherheit und unheimlicher Hast zur Vernichtung der Kleinbetriebe führen.

(Schluß folgt.)

Deutscher Reichstag.

36 Sitzung vom 10. Februar, 1 Uhr.

Beratung über die Novelle zur **Gewerbeordnung.**

Abg. **Metzner** (Zentr.) erklärt, daß seine Partei an den weitergehenden Vorschlägen betreffend Beschränkung des Hausierhandels festhalte.

Abg. **v. Wolslegier** (Pole) schließt sich allenthalben den Ansichten des Zentrums an.

Abg. **Dr. Schneider** (freis. Volksp.) bekämpft die Vorlage mit Entschiedenheit und ist für **Kommissionsberatung.**

Abg. **Holleufer** spricht sich gegen Kommissionsberatung aus. Der Anregung des Zentrums, den Schnapsverkauf in den Konsumvereinen gänzlich zu verbieten, würde seine Partei zustimmen, wenn ein dahingehender Antrag eingebracht würde.

Abg. **Hasse** (natl.) steht mit seinen Freunden der Vorlage sympathisch gegenüber.

Abg. **Reißhaus** (soz.) führt aus, daß seine Partei einigen wenigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes zustimmen würde. Besonders müßte auf dem Gebiete des Theaterwesens etwas geschehen. Denn die Kontrakte, die gegenwärtig ausgestellt würden, enthielten oft geradezu drakonische Bestimmungen. Da würde die Forderung des Entwurfs, daß ein Schauspielunternehmer die nötigen Mittel aufweisen solle, nicht viel helfen. Wenn hier etwas geschehen solle, müsse ein Spezialgesetz in kürzester Frist gemacht werden. Redner geht auf die sklavenmäßige Abhängigkeit der Schauspieler von den Theateragenten näher ein. Herr Metzner habe heute mit großer Emphase den ethischen Gaul geritten, (Heiterkeit) aber das beste Mittel gegen die Schnapsgefahr bestehe darin, daß man die Lebensverhältnisse der Arbeiter verbessere. Die Beschränkungen des Hausierhandels seien für seine Partei ganz unannehmbar.

Abg. **Bürklin** (natl.) giebt als Hoftheater-Intendant in Karlsruhe eingehe der von Reißhaus angeführten Mißstände zu, wendet sich aber gegen den Erlaß eines Spezialgesetzes da bereits der Verein der Direktoren und der Verein der Bühnenmitglieder sich angelegen sein ließen, auf dem Wege der Selbsthilfe die Mißstände zu beseitigen.

Nach kürzeren Reden, in denen sich Abg. **Galler** (südd. Volksp.) gegen und Abg. **Quentin** (natl.) halb für, halb gegen die Vorlage ausspricht, wird die Debatte vertagt.

Abg. Graf **Mirbach** (kons.) hat beantragt, die Besprechung über die Erklärung des Reichskanzlers in betreff der Währungsfrage Dienstag an erster Stelle auf die Tagesordnung zu setzen. Gegen diesen Antrag erhebt sich kein Widerspruch.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Besprechung über die Erklärung des Reichskanzlers, Fortsetzung der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle. Etat des Reichsschatzamts.

Schluß gegen 5¼ Uhr.

Tagesgeschichte.

Vom gleichen deutschen Recht. Während am Freitag voriger Woche der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in der Revisionssache des Genossen John von der Breslauer Volkswacht entschieden hat, daß die Beleidigung der Vorfahren fürstlicher Personen zugleich eine Ehrverletzung der Lebenden enthalte, hat gestern der 3. Strafsenat des Reichsgerichts in einer Revisionssache des Genossen Thielhorn vom Hannoverschen Volkswillen gegenteilig entschieden. In beiden Fällen handelt es sich um denselben Artikel. John war vom Breslauer Landgericht zu 6 Mo-

112]

Germinal.

Sozialer Roman von Emil Zola.

[Nachdruck verboten.

Die Traurigkeit ward durch die Ankunft der Kinder noch vermehrt. Sie hatten Hunger und wollten essen; warum gab's nichts zu essen? Sie schleppten sich winselnd durch das Gemach und stolperten über die Füße der sterbenden Schwester. Alzire stöhnte. Die Mutter, außer sich, schlug im Dunkeln nach den Kleinen, und als sie noch lauter winselnden und Brot verlangten, glitt sie plötzlich auf den Steinboden, ergriff mit beiden Armen ihre drei Kinder, drückte sie an sich, und ihre Thränen flossen unaufhaltsam.

„O mein Gott, laß uns sterben, damit es endlich aus ist!" schluchzte sie.

Der alte Bonnemort saß immer noch in sich versunken da, gleich einem von Wind und Wetter geknickten Baume. Der Vater ging vom Kamine zur Thüre und von der Thüre zum Kamin.

Und von neuem öffnete sich die Thüre. Diesmal war es der Doktor.

„Teufel," rief er, „das Licht wird Euch keine Augenschmerzen machen. Rasch, wo fehlt's? Ich bin pressiert!"

Er war mit Arbeit überbürdet und brummte verdrießlich, wie gewöhnlich. Glücklicherweise hatte er Zündhölzer. Maheu zündete sechs, eins am andern an und leuchtete ihm. Sie wickelten die Kranke aus ihrer Decke. Bei dem flackernden Licht schüttelte sich der magere Körper; er war so herabgekommen, so dürr, so erbärmlich, man sah nichts wie den großen Buckel. Sie lächelte mit jenem ausdruckslosen Lächeln der Sterbenden; ihre Augen waren weit geöffnet, die dünnen Finger krallten sich auf der hohlen Brust. Die Maheude rief weinend, ob es vernünftig sei, ihr dieses einzige Kind, welches in der Wirtschaft helfen könne und welches so klug und so gut sei, zu nehmen!

Aber der Doktor unterbrach sie:

„Vorbei ist's! . . . Verhungert ist sie, und sie ist nicht die einzige: ich habe eben eine andere gesehen, nicht weit von hier; aber wenn Ihr mich alle holen laßt, ich kann Euch nicht helfen. Fleisch brauchen die Kinder."

Maheu, der sich die Finger verbrannte, ließ das letzte Zündholz fallen. Finsternis umhüllte die kleine Leiche. Der Doktor war eilends fortgelaufen. Stephan hörte nichts mehr, als die schluchzende Bitte der Maheude:

„O mein Gott, nimm auch mich, nimm meinen Mann und die andern! Laß uns sterben, damit es ein Ende hat!"

Drittes Kapitel.

Am Sonntag saß Souvarine um acht Uhr abends allein im Schenkzimmer bei Rasseneur an seinem gewohnten Platze. Kein Kohlenmann wußte mehr, wo die zwei Sous für einen Schoppen auftreiben; niemals hatten die Wirte weniger verdient. Frau Rasseneur, hinter dem Schenktische, schwieg nervös, während ihr Mann dem Rauch der Kohle im Kamine nachblickte.

Es klopfte dreimal ans Fenster. Souvarine blickte hinaus und erhob sich: dies war das Zeichen, welches ihm Stephan schon mehrmals gegeben, wenn er ihn allein sah. Doch bevor der Russe zur Thüre schreiten konnte, hatte Rasseneur dieselbe geöffnet und rief hinaus:

„Fürchtest Du, daß ich Dich verkaufe? Jedenfalls könnt Ihr im Zimmer besser plaudern."

Stephan trat ein; aber er schlug dankend das Glas aus, welches Frau Rasseneur ihm anbot.

Der Wirt fuhr fort:

„Mir ist lang bekannt, wo Du Dich versteckst; wenn ich der Verräter wäre, für den Deine Freunde mich ausgeben, hätte ich Dir schon vor einer Woche Gendarmen geschickt."

„Du brauchst mir das nicht zu beteuern," entgegnete Stephan, „ich weiß wohl, daß Du kein Verräter bist. Man kann ja verschiedener Meinung sein und sich doch achten."

Sie schwiegen. Souvarine hatte sich wieder gesetzt, lehnte den Rücken an die Wand und schaute träumenden Auges dem Rauche der Zigarrette nach. Seine Finger irrten spielend über sein Knie: er hatte das unbestimmte Gefühl, daß ihm etwas fehle, doch wußte er nicht was: Es war „Volonia", welche heute nicht auf seinem Schoße lag und deren warmes Fell seine Hand vermißte.

Stephan setzte sich ihm gegenüber.

„Morgen beginnt im Voreux wieder die Arbeit, die Belgier sind mit dem kleinen Negrel angekommen."

„Ja", bestätigte Rasseneur, „man hat sie während der Nacht hergebracht. Wenn das nur kein Blut kostet!"

Und die Stimme hebend:

„Siehst Du, ich will keinen neuen Streit anfangen, aber ich wiederhole Dir, es wird böse enden, wenn Ihr nicht einlenkt. Euch geht's gerade wie der Internationale. Ich habe Pluchart vorgestern in Lille getroffen, wo ich zu thun hatte, der Verein geht auseinander, scheint es."

Er erzählte: Nachdem die Internationale Arbeiter der ganzen Welt angeworben, krankt sie jetzt an ehrgeizigen und eigennützigen Bestrebungen im Schoße ihrer Verwaltung. Seit die Anarchisten die Oberhand gewonnen und die Evolutionisten verdrängt haben, giebt es kein einheitliches Wollen mehr. Der ursprüngliche Zweck, die Lohnreform, verliert sich im Parteienstreit; die Disziplin lockert sich, und schon ist das Ende abzusehen: die gänzliche Auflösung dieses Verbandes, der mit so kräftiger Begeisterung in Wirksamkeit getreten, als müsse er die bestehende Gesellschaft vom Erdboden reißen.

„Pluchart ist krank davon," schloß der Wirt, „dabei hat er fast gar keine Stimme mehr; aber er spricht immer noch; er will nach Paris gehen . . . Er hat mir dreimal wiederholt, daß er unsere Sache für verloren hält."

Stephan hielt die Augen auf den Boden geheftet. Als er am vorigen Abende mit einigen Kameraden gepluudert, hatte er gemeint, Groll und versteckte Anklagen aus ihren Worten zu lesen, die ersten Vorboten der Unpopularität, vielleicht die Anzeichen seiner gänzlichen Niederlage. Er blieb stumm und finster, denn er mochte seine Entmutigung nicht diesem Manne gestehen, der ihm vorhergesagt, daß das Volk ihn eines Tages verwünschen werde, um sich für die getäuschten Hoffnungen zu rächen.

Nach einer Pause entgegnete er:

„Gewiß der Streik ist besiegt, ich weiß es so gut wie Pluchart. Doch dies war vorauszusehen. Die Arbeitseinstellung ist uns gegen unseren Willen aufgedrungen worden. Wir dachten wohl, daß wir nicht stärker seien, als die Kompagnie; aber man beraucht sich, hofft und man vergißt, wenn es schlecht endet, daß es nicht anders kommen konnte, und klagt und lamentiert, wie über ein plötzlich vom Himmel gefallenes Unglück."

„Also, wenn Du selbst glaubst, daß nichts zu machen ist," erwiderte Rasseneur, „warum rätst Du dann den Kameraden nicht, nachzugeben?"

Stephan blickte ihn fest an:

„Genug! . . . Du hast Deine Ideen, ich habe die meinen. Ich bin bei Dir eingetreten, um Dir zu beweisen, daß ich Dich trotz alledem achte."

(Fortsetzung folgt).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960212-14/fragment/page=0001

naten verurteilt, Thielhorn vom Landgericht Hannover freigesprochen worden. John hatte gegen seine Bestrafung Revision eingelegt, die Staatsanwaltschaft gegen die Freisprechung Thielhorns. Der 4. Strafsenat verhandelte die Johnsche Sache unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, der 3. Strafsenat die Thielhornsche Sache öffentlich. John muß seine 6 Monate abbrummen, Thielhorn braucht nicht ins Kittchen zu wandern; denn wir haben in Deutschland ein einiges und gleiches Recht.

Polizeihilfe für Agrarier. Im konservativen Verein für Stadt und Land Bromberg wurde auf Vorschlag eines Mitgliedes der Vorstand ermächtigt, mit Hilfe der Polizeibezirkskommissare geeignete Persönlichkeiten auszuwählen, um womöglich in jeder Ortschaft Vertrauensmänner zu bestimmen. Der Landrat, der in der Versammlung nicht anwesend war, wurde dem Vorstand zugewählt.

Unter Kameraden. Das Münchener Militärbezirksgericht verurteilte sechs Soldaten, die an einem Stubengenossen das „Wickeln" praktiziert hatten, zu Gefängnisstrafen von 14—30 Tagen. Der Mißhandelte hatte sich geweigert, zur „Einweihung" einer neu angeschafften Uniform Bier zu bezahlen, wurde deshalb nachts im Schlafe überfallen, es wurde ihm die Decke über den Kopf gezogen und sein Körper mit den Ausklopfstöcken barbarisch bearbeitet.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde gestern in Berlin der Arbeiter Liedke zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt; der Staatsanwalt hatte nur 3 Monate beantragt. Liedke hatte die Aeußerung zu einem Schutzmann gethan.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde ferner gestern in Berlin der Töpfer Kraatz zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte vorigen Sommer mit Rudersdorfer Kalkbergarbeiteitern zusammengewohnt, und als einer derselben in Besoffenheit sagte: „Ich habe drei Kaisern gedient!" gab Kraatz eine sehr gebräuchliche Redensart zur Antwort, welche ausdrücken sollte, daß ihm das sehr gleichgiltig sei.

Erkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Auf dem Parteitag der Berliner Konservativen gab es allerhand bemerkenswerte Aeußerungen konservativer Redner. So sagte Abgeordneter v. Puttkamer-Plauth: Die Sozialreform stehe im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Alle Parteien, die begonnen haben, sich dieser Frage zuzuwenden, haben rapide Fortschritte gemacht. Man denke nur an die Sozialdemokratie, die in erster Reihe eine wirtschaftliche Partei sei . . . Das Manchestertum ist die Wiege der Sozialdemokratie und der Sarg des arbeitenden Volkes . . . Der Handbetrieb werde durch das Großkapital aufgesaugt. Tausende von Handwerkern sind nichts mehr als Lohnarbeiter des Großkapitals, sie verarmen, und wenn sie erst proletarisiert sind, sind sie bald ein Raub der Sozialdemokratie. — Und trotz dieser Erkenntnis schwärmen die Konservativen für die rückständigen Innungsspielereien.

Pastoren und Arbeiter. Während die jungchristlich-sozialen Pastoren mit wenigen Ausnahmen schon vor dem papiernen Erlaß des Oberkirchenrats die Segel mutig einziehen und klein beigeben, bleiben die „evangelischen" Arbeiter bei der Stange. Im Leipziger evangelischen Arbeiterverein sollte Pfarrer Naumann am 28. Februar einen Vortrag halten. Da wurde durch den Superintendenten im Vereine gesagt, das Konsistorium sehe es höchst ungern, wenn der Vortrag zu stande käme. Die Arbeiter blieben aber dabei, daß Naumann sprechen sollte. Sofort legten der Vorsitzende und vier andre Geistliche ihre Vereinsämter nieder. Nun übernahm der 2. Vorsitzende, Maurerpolier Neumann, den provisorischen Vorsitz, und in namentlicher Abstimmung beschloß der Verein, sich dem Wunsche des Konsistoriums nicht zu fügen. So werden selbst die frommen Schäflein der sozialpolitischen Pfäfflein widerhaarig. Hoffentlich kommen sie allerorten bald zur Einsicht, daß überhaupt nur in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter Platz ist für sie. So wäre auch dieser Anschlag gegen das klassenbewußte Proletariat schließlich an seinen Feinden selbst zu schanden geworden.

Ausland.

Oestreich-Ungarn begeht demnächst seine Milleniumsfeier, d. h. die Feier seines tausendjährigen Bestehens. Wie gemeldet wird, plant nun die ungarische Regierung für die Dauer der Festlichkeiten eine vollständige Unterdrückung der sozialistischen Organisationen in Gestalt der Auflösung zahlreicher Fachvereine, Ausweisung Ortsfremder, meist Polen, und Internierung der ansässigen Arbeiterführer, sowie Erweiterung der Polizeiaufsicht. Die schönste Jubiläumsfeier des tausendjährigen Bestandes!

Schweiz. Ueber ein Gesetz zum Schutz der Arbeiterinnen hat im Kanton Solothurn am 9. Febr. eine Volksabstimmung stattgefunden. Zwei Schweizer Kantone, Basel und Zürich, haben bereits ein Gesetz zum Schutze solcher Arbeiterinnen angenommen, die nicht dem Fabrikgesetz unterstellt sind, das neue Solothurner Gesetz ist eine Kopie dieser Gesetze. Die tägliche Arbeitszeit beträgt darnach 11, an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage 10 Stunden; Mädchen unter 14 Jahren dürfen zu gewerblicher Arbeit nicht verwendet werden; Wöchnerinnen haben gesetzliches Anrecht auf eine Schonzeit von 6 Wochen, 2 vor und 4 nach der Niederkunft; die Lohnauszahlung ist eine 14tägige; willkürliche Lohnabzüge sind untersagt; die Arbeitsräume sollen den Anforderungen der Hygiene entsprechen; Kellnerinnen und weiblichen Angestellten in Ladengeschäften wird eine ununterbrochene Nachtruhe von 8 bezw. 10 Stunden zugesichert. Das Züricher Arbeiterinnen-Gesetz hat die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt und in Basel ist dem Großen Rat bereits das Begehren zugegangen, die elfstündige Arbeitszeit in eine zehnstündige zu reduzieren.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Wegen groben Unfugs, verübt durch das Singen der Arbeiter-Marseillaise am Sedanstag, standen am Mittwoch einige Genossen vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. Der Amtsanwalt beantragte 7 bis 14 Tage Haft, das Gericht sprach die Angeklagten frei.

§ Eine wichtige Entscheidung fällte am 23. Januar der Strafsenat des preußischen Kammergerichts. Ein Mann, Namens Lange, aus der Gegend von Essen war beschuldigt worden, im Saale eines Wirtshauses ein Plakat, welches eine öffentliche Versammlung ankündigte, ohne die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde angeklebt zu haben. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 15 M. und die hiergegen eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer in Essen als unbegründet verworfen. Der Berufungsrichter machte in seiner Begründung geltend, das nach § 30 des deutschen Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 das Recht der Landesgesetzgebung, Vorschriften über das öffentliche Anschlagen, Anheften, Ausstellen sowie die öffentliche, unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen zu erlassen, durch das deutsche Preßgesetz nicht berührt werde. Hieraus sei zu entnehmen, daß § 10 des preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 noch zu Recht bestehe, hiernach darf aber niemand auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten Druckschriften oder andere Schriften oder Bildwerke ausrufen, verkaufen, verteilen, anheften oder anschlagen, ohne daß er dazu die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erlangt habe. Gegen diese Entscheidung legte der Angeklagte Revision beim Kammergericht ein und machte geltend, das alte preußische Preßgesetz sei durch das deutsche Preßgesetz beseitigt worden; ersteres stehe aber auch mit § 43 der Gewerbeordnung in Widerspruch, wonach „in geschlossenen Räumen zur nichtgewerbsmäßigen Verteilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken eine Erlaubnis nicht erforderlich ist." Das Kammergericht wies jedoch die Revision des Angeklagten als unbegründet zurück und erklärte, die §§ 9. 10 und 41 des preußischen Preßgesetzes seien noch in Kraft geblieben; auch § 43 der Gewerbeordnung stehe dieser Annahme nicht entgegen. Der Angeklagte habe in dem Saale eines Wirtshauses nicht Plakate verteilt sondern angeheftet; sei auch das Verteilen von Druckschriften in Wirtsräumen ohne Erlaubnis gesetzlich gestattet so bleibe doch nach wie vor das unbefugte Anheften von Plakaten an öffentlichen Orten, wozu auch die jedermann zugänglichen Wirtsräume gehören, strafbar.

§ Berlin. Genosse Sassenbach hat am Donnerstag seine zweimonatliche Gefängnisstrafe verbüßt. Seinen Bekannten wurde die Freude, ihn vom Gefängnis in Plötzensee abholen zu können, dadurch vereitelt, daß ihn die Gefängnisverwaltung am Nachmittag nach der Stadtvogtei hatte bringen lassen. Auch sonst scheint sich die Verwaltung des sozialdemokratischen Duskulums am Plötzensee den merkwürdigsten Besorgnissen hingegeben zu haben, denn als die Freunde Sassenbachs in Zahl von etwa 10 Personen dort ankamen, waren gegen 30 Schutzleute — darunter solche hoch zu Roß — in der Nähe postiert!

§ Bochum. Gen. Johann Margraf hat vergangene Woche das Gefängnis zu Siegburg nach siebenmonatlicher Haft verlassen. Seine „Sünden" beging er als Redakteur der Deutschen Bergarbeiterzeitung.

§ In Saalfeld sollen sich am 21. Februar der Redakteur und der Verleger unseres dortigen Parteiblattes vor dem Schöffengericht verantworten wegen Beleidigung des Kreisblattredakteurs.

§ In Hannover erklärte die Polizeibehörde die Mitgliedschaft des deutschen Metallarbeitervereins, sowie den Turnklub Vorwärts für politische Vereine und unterwarf sie damit den Beschränkungen der § 8 des Vereins Gesetzes vom 11. März 1850.

Parteinachrichten.

— Solinger Wirren. Die Gründung eines zweiten Arbeitervereins ist von Anhängern Schumachers ausgegangen. Am Sonntag fand eine von Schumacher arrangierte Protestversammlung gegen den ihn betreffenden Parteitagsbeschluß statt, und zwar in der Schützenburg, einem von der Partei boykottierten Lokale. Der Boykott über dieses Lokal war verhängt worden, weil die Schützengesellschaft sich weigerte, das Lokal zu sozialdemokratischen Veranstaltungen herzugeben. Wie die B. A. mitteilt, sollen die Gegner Schumachers auch in Zukunft das Lokal nicht bekommen.

— Aus Solingen wird depeschiert: Eine Sonntag abend von 3000 Personen besuchte Versammlung stellt dem auf dem letzten rheinischen Parteitag befehdeten Abgeordneten Schumacher einstimmig ein weitgehendes Vertrauensvotum aus, das der Reichstagsfraktion unterbreitet werden soll. Gleichzeitig soll betont werden, die Solinger Bergische Arbeiterstimme würde fernerhin nicht mehr als Parteiorgan betrachtet.

— Die Glühlichter, das in Wien erscheinende Witzblatt, ist laut Bekanntmachung durch den Reichsanzeiger auf die Dauer von zwei Jahren für Deutschland verboten worden. Das Jubelreich ist gerettet!

Soziale Uebersicht.

— **Ein Arbeiterbudget.** Unserem Würzburger Parteiorgan, der Unterfränk. Volks-Trib, ging von einem Genossen eines kleinen Ortes ein genau geführtes Budget über das Jahr 1895 zu, dem wir nachstehende interessante Einzelheiten entnehmen. Der Mann war vom 1. Januar bis 15. Juni in einem königlichen Forste beschäftigt und hatte während dieser Zeit an Arbeitslohn eingenommen 216 M. 27 Pf. Dann erhielt er Arbeit in der Landwirtschaft und verdiente bis zum Jahresschluß weitere 349 Mark 25 Pf. Die Frau hatte in den Monaten Juni, Juli, August und Oktober 40 M. 50 Pf. erarbeitet, so daß die Gesamt-Jahreseinnahme sich auf die Summe von **606** Mark 2 Pf. belief. An Wohnungsmiete hat der Arbeiter 84 Mark ausgegeben; für Kleidung, Reparaturen, Lektüre, Handwerkszeug, Gerichtskosten, Versicherungen 160 Mark 40 Pf. aufbringen müssen, so daß ihm für den Lebensunterhalt für sich und seine Familie noch ganze 361 M. 62 Pf. blieben, d. h. fast eine Mark pro Tag. Dabei hatte der Mann noch Glück, indem er stets Arbeit und in der Familie keine Krankheit hatte.

Solche authentische Darstellungen über Einnahmen und Ausgaben der Arbeiter haben in mehrfacher Hinsicht großen Wert, und ist es nur zu wünschen, daß immer mehr unsere Genossen sich befleißigen, sorgfame Aufstellungen möglichst eingehender Natur über die Einnahmen und die Ausgaben zu machen und eventuell auch zu veröffentlichen.

— **Soldaten als Streikbrecher.** In Frankfurt a. O. hat der Oberst Liebert vom Gren.-Regt. Prinz Karl einem Gerbereibesitzer für streikende Arbeiter Soldaten geschickt und diesen Eingriff in den Konflikt zwischen Arbeiter und Unternehmer damit begründet, daß es sich um einen „Notstand" gehandelt habe, ähnlich einer Feuersbrunst, Wassersnot u. dergl.

In der That großartig! Vermutlich wird aber doch im Reichstage darüber ein ernsthafteres Wörtchen geredet werden, als dem Herrn Oberst lieb sein wird.

Zur Arbeiterbewegung.

— **Alle Gewerkschaften Berlins erklärten sich mit den Konfektionsarbeitern solidarisch.**

— In Stettin haben gegen 40 Arbeiter der Firma Götze und Niedermeyer die Arbeit eingestellt. Sie waren mit Lohnzuschieben beschäftigt, wobei sie wie der Volksbote mitteilt, bisher stündlich 16 bis 25 Pf. verdienten. Sie sollten von jetzt ab die Lohnzuschieben dahin geeignet, daß der Frachtsatz von 17 Pf. pro Zentner bei Normalwasserstand und 18 und 20 Pf. bei Kleinwasser von beiden Teilen anerkannt wurde.

— Ein allgemeiner Ausstand der Maler und Anstreicher in Berlin und Umgegend steht bevor. Etwa 2000 Malergehilfen waren in der letzten Versammlung erschienen. Die Meisterschaft ist einem Teile der von den Gehilfen aufgestellten Forderungen nicht abgeneigt will aber den Mindestlohn von 27 M. für alle Arbeiter und ausschließliche Benutzung des von den Gehilfen eingerichteten Arbeitsnachweises nicht gewähren. Die Redner sprachen sich fast alle für den Ausstand aus, der eintreten soll, wenn bis zum 15. Februar keine befriedigende Antwort der Meister eingelaufen ist.

— Die Dreher und Schlosser der Lübecker Maschinenbau Gesellschaft sollten auf eine gewisse Zeit eine bestimmte Arbeit, die bisher mit 1.20 M. bezahlt wurde, für 1 M. liefern. Sie wiesen das Begehren einmütig zurück, was den Erfolg hatte daß die Fabrikleitung wieder den alten Akkordlohn bewilligte

— In Berlin wurde der geplante Zimmererstreik von dem Gewerschaftskartell anerkannt.

— In der Wollhut-Fabrikation, die in Berlin 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, ist ein allgemeiner Streik in Aussicht genommen.

— Der Streik der Schuhmacher in Kopenhagen dauert unverändert fort. Alle Bemühungen der Fabrikanten Streikbrecher zu bekommen, sind bis jetzt an der Solidarität der Arbeiter gescheitert. Herr Schäfer hat extra auf Kosten des Fabrikantenvereins eine Rundreise durch Schweden gemacht, um Schuhmacher zu werben, was ebenso resultatlos war als alle Annoncen in den verschiedenen deutschen Blättern. Aus ganz sicherer Quelle erfahren wir nun heute, daß derselbe Herr in den nächsten Tagen eine Reise durch Deutschland machen wird, um die nötigen Kräfte von dort aus zu werben. Wir richten daher die dringende Bitte an alle Kollegen, ja vorsichtig zu sein und Kopenhagen zu meiden, damit wir den Kampf siegreich zu Ende führen können. Die Haltung der Streikenden ist noch gerade so vorzüglich als in den ersten Tagen, und mißlingt den Herren auch dieser Versuch, so kann das Ende des Kampfes in kurzer Zeit zu gunsten der Arbeiter entschieden sein. Laßt Euch nicht blenden durch die Veröffentlichung des Lohntarifs, denn wenn Ihr hierher kommt, bekommt Ihr etwas Anderes.

Im Auftrage der Ausgesperrten

Das Streikkomitee.
Peter Sottung.

— In der Korbfabrik von Ad. Starke (Firma Ancion u. Komp.) in Berlin, Wilhelmstraße 123, sind Lohndifferenzen entstanden.

Zum Streik der Konfektionsarbeiter.

Auch in Berlin sind mit heute sämtliche Konfektionsarbeiter in den Streik getreten, nachdem es nicht zu einer Einigung gekommen ist. Gestern abend fanden 14 kolossal stark besuchte Versammlungen statt. Alle Gewerkschaften, auch die freisinnigen Gewerkvereinler haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt.

In Erfurt streiken seit gestern früh 1200 Schneider und Schneiderinnen. Montag mittag zogen mehr als tausend streikende Arbeiterinnen über den Anger nach dem Bahnhofe. In musterhafter Ordnung schritt der imposante Zug bei allen Konfektionsgeschäften vorbei.

In Breslau haben die Konfektionäre 10 Proz. Lohnerhöhung angeboten, die Unterhandlungen werden fortgesetzt.

In Hamburg streiken mehrere Tausend Konfektionsarbeiter.

In Dresden streiken mehrere Tausend Schneider und Schneiderinnen. Einige Firmen haben die Forderungen bewilligt.

Die Fünferkommission, unterzeichnet J. Timm, erläßt im heutigen Vorwärts eine Erklärung, daß der Streik den Konfektionsarbeitern aufgezwungen worden ist. **Die Streikenden vertrauen dem Solidaritätsgefühl der gesamten Arbeiterschaft.** Möge jeder sein Scherflein zur Unterstützung beitragen. Der Kampf ist ernst; aber er wird durchgeführt werden.

Die Redaktion des Volksblattes ist bereit, Beiträge für die Streikenden entgegenzunehmen.

Stadtverordneten-Sitzung
vom 10. Februar.

Vorsitzender Stadv.-Vorsteher Dittenberger.

Oberbürgermeister **Staude** erhält wiederum vor Eintritt in die Verhandlungen das Wort zu einer Erklärung. Dieselbe hat wiederum einen Zeitungsartikel zum Anlaß und zwar sind es die Betrachtungen der Saale-Ztg. über den Ausfall der Verhandlungen, betreffend die Regulierung der halleschen Lehrergehälter, die am Montag vor acht Tagen gepflogen wurden, welche das Magistrats-Kollegium erregt hatten.

In dem betreffenden Lokalartikel war gesagt, daß die Ablehnung des Antrages Schmidt auf Anrechnung der auswärtigen Dienstzeit der Lehrer schon vom 1. April 1896 ab aus Anlaß der Beängstigungen erfolgte, welche durch „das staatliche Besoldungsgesetz und den Blick auf unsere Finanzlage" erzeugt waren. Letztere könne auch beherztere Männer bange machen, denn es wurde festgestellt, daß mindestens 350 000 M. mehr Steuern für das nächste Etatsjahr aufzubringen sein würden. Der inzwischen nach der Stadt der Blumen und der Brunnenkresse gegangene Bürgermeister Dr. Schmidt habe zur Zeit der Stadtverordnetenwahlen noch stolz auf die Ueberschüsse hingewiesen, mit denen der Etat abschließen werde. Das kühle und beschönigende Verhalten des von Halle Gewichenen könne nur so erklärt werden, daß er entweder nicht die Fähigkeiten oder nicht den guten Willen hatte, uns reinen Wein einzuschenken. Vielleicht wußte er, der reine Wein sei so, daß wir ihn beim Schlucken ein saures Gesicht zeigen würden und wollte er uns vor seinem Scheiden noch mit fröhlichen Mienen sehen? Das würde ja von einem guten Herzen zeugen, aber finanzpolitische Ehrlichkeit wäre uns, wir bekennen es frei, doch weit lieber gewesen."

Die Erregtheit des Herrn Oberbürgermeisters bei der Verlesung dieses Artikels war eine so hohe, daß das Zeitungsblatt in seinen zitternden Händen in dauernder starker Erschütterung verblieb. Nach dieser Verlesung nahm er den gegangenen Herrn Dr. Schmidt mit Lebhaftigkeit in Schutz. Derselbe wäre seinerzeit vom Magistrat beauftragt und berechtigt gewesen, das über die Finanzlage der Stadt so zu sagen, wie er es gesagt habe. Dr. Schmidt sei ein Mann gewesen, der die Interessen der Stadt als pflichttreuer Beamter nach bestem Wissen und Gewissen gewahrt habe. Er sei ein wahrer und lauterer Charakter gewesen. Dies Blatt, die S.-Z., habe ihn in einer so beleidigenden Weise unter Entstellung der Thatsachen angegriffen, daß eine Rechtfertigung an dieser Stelle notwendig sei. „Der Magistrat hat mich beauftragt, **seine Entrüstung über diesen Artikel auszusprechen,** was ich hiermit gethan habe." (Vereinzelte Bravo!)

Der Vorsitzende setzt auseinander, daß der Zeitungsartikel über die städtischen Finanzverhältnisse unwahre Behauptungen aufgestellt habe. — Stadtv. **Bethcke** nimmt in längeren Ausführungen den Angegriffenen in Schutz und betont, daß die S.-Z. nach Kräften die Arbeiten der beiden Kollegien in ein schlechtes Licht zu stellen und unsere Motive, unser Handeln zu verdächtigen suche. Er als Vorsitzender der Finanzkommission habe in engster Berührung mit Dr. Schmidt gestanden und gerade in ihm ein Mitglied des Magistrats gefunden, der allgemeine Achtung und Verehrung verdiene, der zu außerordentlichem Nutzen für die Stadt gedient hat. (Bravo, Bravo!)

Hierauf folgte die Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung.

Die heutige Tagesordnung umfaßte 20 Punkte, von denen 7 in die geschlossene Sitzung verlegt waren. Von den 13 Punkten der öffentlichen Sitzung wurden 7 erledigt. Die Punkte 4, 8, 10 bis 13 fielen aus.

Punkt 1: **Abänderung des Regulativs für die Besoldung von Magistrats-, Instituts- und Polizei-Beamten.** Der Referent der Finanz-Kommission Stadtv. **Stecker** gab unter Hinweis auf das ziemlich komplizierte Regulativ, das sich im Abdruck in den Händen der Stadtverordneten befand, in großen Umrissen die Beweggründe an, welche die F.-K. veranlaßten, die Annahme der Vorlage zu befürworten, welche Erhöhungen der verschiedenen Gehaltsklassen der Subalternbeamten vom Polizeisergeanten und Magistratsboten ab bis zum Polizei-Sekretär bez.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960212-14/fragment/page=0002

bis zum Stadtsekretär einzuführen beabsichtigt die teils durch Bewilligung höherer Grundgehälter, Abkürzung der Fristen zur Erreichung der Höchstgehälter, Aufrückung in höhere Gehaltsklassen und Rückdatierung des definitiven Anstellungs- und dadurch auch vom dienst Termins für diejenigen Beamten herbeigeführt werden sollten, die erst vom 1. Oktober ab eintreten und dadurch erst vom 1. April des nächstfolgenden Jahres in Ansatz kamen, statt vom 1. April des Dienstantritts-Jahres ab. Der Referent erwähnt die Petition der Assistenter (Gehaltsklasse II), welche sich 1895 an den Magistrat gewendet haben, ihnen ein Anfangsgehalt von 1500 statt bisheriger 1300 M. zu bewilligen. Die F.-K. sei zu dem Resultat gekommen, diese 1500 M. zur Genehmigung zu empfehlen, weil diese Beamten den Kernpunkt bilden, aus welchem heraus sich die nötige bessere Beamtenqualität entwickelt. Dagegen ist die F.-K. der Petition der Klasse Ib (der Rendanten, Kontrolleure, Kassierer, Kalkulatoren, Inspektoren, Sekretäre 2c.) nicht beigetreten. Dieselben haben ein Anfangsgehalt von 1800 Mark, steigend bis zu 3200 M. und wünschen die Umwandlung in 2000 bis zu 3500 M. Die angegebenen Gründe seien agressiver Natur. Um ihrer Petition Gehör zu schaffen, gingen sie mit einer Herabsetzung der Gehälter Klasse Ia (der versch. Vorsteher, Hauptrendanten bis zum Stadtsekretär) vor. Dieselben seien garnicht nötig; sie, die Beamten der Klasse Ib, leisteten dasselbe. Jene wären unter Umständen ganz abzuschaffen. Die Verantwortlichen könnten dasselbe Gehalt (Klasse Ib) erhalten, für besondere Leistungen könnten ihnen Funktionszulagen gewährt werden. Eine höhere Intelligenz sei bei den Beamten der Klasse Ia nicht vorhanden; die Klasse Ib stände jenen darin ganz gleich. **Der Magistrat bevorzuge Beamte, die oft nicht die geeigneten seien.** — Infolge dieser freimütigen Erklärungen empfiehlt die Finanz-Kommission die erbetene Gehaltssteigerung nicht. — Die Kommission beantwortet die Besserstellung der Boten und Polizeisergeanten, die statt 1100 bis 1500 M., vom 1. April 1896 ab 1200 bis 1600 M. erhalten sollen. Das Höchstgehalt ist in 18 Jahren erreichbar. Man hegt die Hoffnung, daß durch Besserstellung der Polizeisergeanten Bewerber besserer Qualität sich melden werden. Da zur Aufbesserung der Lehrergehälter eine Summe (480 000 M.) zur Verfügung gestellt sei und für die Lehrer große Sympathien gehegt würden, so werde man den Subalternbeamten diese nicht verlagen, zumal die hierfür benötigte Summe nur 25 850 M. betrage. Wenn nun schon mal mit einer Aufbesserung vorgehen, dann schon ganz.

(Zur Erläuterung der Verhältnisse fügen wir hier die Gehaltssätze der verschiedenen Beamtenklassen an. Es beziehen:
Klasse Ia: 2400 M. Anfangs- u. 4200 M. Höchstgehalt
Klasse Ib: 1800 „ „ 3200 „ „
Klasse II: 1300 „ „ 2000 „ „
Klasse III: 1100 „ „ 1500 „ „
Während die Klasse Ia den Höchstgehalt schon in 18 Jahren erreicht, ist dies bei allen übrigen erst in 24 Jahren der Fall. Das neue Regulativ dagegen beabsichtigte folgende Verhältnisse herbeizuführen:
Klasse Ia und Ib sollten dieselben Gehaltssätze behalten, ebenso dieselbe Erreichbarkeit des Höchstgehaltes wie oben angegeben, dagegen: Klasse II 1500 M. Anfangs-, 2800 M. Höchstgehalt erreichbar in 24 Jahren, von Klasse III, die Polizeisergeanten und Magistratsboten, ausschließlich der Steuererheber, 1200 Mark Anfangs-, 1600 M. Höchstgehalt, erreichbar in 18 Jahren.)

Nach Eröffnung der Generaldiskussion führt Stadtv. **Krüger** aus, daß, während vor kurzem die Lehrergehälter Regulierung vorgelegen aber abgelehnt werden mußte, werde wieder eine Beamtengehälter-Aufbesserung vorgetragen. Die Stadt stehe vor einer Erhöhung der Kommunalsteuern. Die Situation ist keine ermutigende. Vom großen Publikum wird den Gehaltserhöhungsbestrebungen eine andere Betrachtung zugewendet, als dies von den Befürwortern geschehe. Das Publikum lege den Maßstab seiner eigenen Verhältnisse bei Beurteilung der Forderungen an. Der größte Teil derjenigen, die auch zu den Kosten der Mehraufwendungen beitragen müssen, haben ein Einkommen, das längst nicht an die verzeichneten Mindestgehälter heranreiche, denen mache die bevorstehende Erhöhung der Kommunalabgaben keine Freude. Auch müßte man die städtischen Arbeiter mit in Betracht ziehen. Die Erkundigungen ergeben Löhne von 780–900 M. pro Jahr. Es wird stets der höhere Bildungsgrad als Maßstab für die Gehaltshöhe angenommen. Wenn die Arbeiter einen höheren Bildungsgrad nicht erreichen, so sind sie nicht persönlich schuld daran, sondern die Verhältnisse, in denen sie erhalten werden. Jedoch selbst zu den sogenannten untergeordneten Thätigkeiten der Arbeiter gehöre Intelligenz. Das, was den Arbeitern zugewendet werden müßte, könnte an den höchsten Gehaltsklassen erspart werden. Im übrigen beantrage er Spezialabstimmung über die einzelnen Positionen.

Stadtv. Welch stellt den Antrag, über die gesamte Magistratsvorlage en bloc abzustimmen. Er nehme an, daß jeder jetzt genügend über dieselbe informiert ist. (Redner scheint hiermit die Absicht verknüpft zu haben, den sozialdemokratischen Stadtverordneten die Gelegenheit zu weiteren Erörterungen zu nehmen. D. Red.)

Stadtv. **Friedrich:** Wenn man auf die letzten Wochen und Monate zurückblickt und die Petitionen um Gehaltsaufbesserungen u. s. w. in Betracht nimmt, so gewinnt man den Eindruck, als wenn sich bei uns eine Geldquelle eröffnet habe. Es ist ein förmlicher Wettlauf um Zulagen eingetreten; jeder eilt, als ob er was vergessen hätte, an diesem Wettlauf teilzunehmen. Angesichts der Ausfälle, die die Stadt an Einnahmen erleide, durch sex Huene allein ca. 100000 M., müsse man zurückhaltend sein. Einen Notstand unter den Gehaltsklassen könne er nicht anerkennen. Er sei gegen die Vorlage im ganzen. Faktischen Notständen gegenüber würde er Entgegenkommen zeigen; solche gebe er eventuell bei den untersten Beamtenklassen, wie Polizeisergeanten, Boten u. s. w. zu. Er beantrage, 10000 M. für die Polizeisergeanten zu bewilligen und vielleicht 5–6000 M. zur Disposition einzustellen, wie bei den Lehrern. Wegen der übrigen Beamtenklassen wolle Redner mit seiner Entschließung warten, bis das Privilegium der Beamtenbesteuerung auf die Stadt übertragen ist. Was die Beschaffung des Ersatzes für die Einnahmeausfälle für die Stadt betreffe, so wolle er lediglich Prozentzuschläge zu den Einkommensteuern, nicht aber zu den Realsteuern, damit die Millionäre, die ihre Taschen schon zu schonen wissen, mehr leisten, als wie das bei der Kaiser Wilhelm-Denkmal-Sammlung zu Tage trete.

Stadtrat **v. Holly** macht den Vorrednern zum Vorwurf, daß sie bei den Lehrern doch, ohne Deckung zu haben, die Dispositionsstellung von 80000 M. gewährt haben; was dort recht erschienen, sei hier als billig zu betrachten. Für das Privilegium der Steuerfreiheit könnten doch die Beamten selber nichts; sie empfänden das sogar als eine drückende Last, die sie aber doch nicht beseitigen könnten gegen den Willen des Ministers. Der Stadtv. Friedrich habe für die Sergeanten bereitwilligst 10000 M. bewilligt, aber die Gehaltsklasse II ist doch ebenfalls zu berücksichtigen, so, wie die Klasse III. Um geeignete Kräfte an Assistenten zu gewinnen, müssen höhere Gehaltssätze bewilligt werden. Was die Aufbringung der Mittel anbelange, so sei der Magistrat sich schon heute klar, daß die Einkommensteuer erhöht werden müsse. Die Mehrsteuern, das sei er überzeugt, müßten nicht von den Realsteuern, sondern von der Einkommensteuer getragen werden.

Stadtv. **Albrecht:** Von einer Not könne bei den Beamten gräßtenteils keine Rede sein. Es muß in Betracht gezogen werden, daß von Leuten, die viel geringere Einkommen haben, die Steuerbeträge aufgebracht werden müssen, die zu den Gehaltserhöhungen dienen sollen. „Da Sie den Genuß der Nebenbeschäftigung den Beamten belassen haben, so ist ja garnicht zu kontrollieren, welches Einkommen sie eigentlich haben". Er müsse vor en bloc-Annahme der Vorlage warnen, er müsse sonst gegen dieselbe stimmen. Man sollte an den untersten Gehältern zu bessern suchen, bei den Laternenwärtern, Nachtwächtern u. dergl., bevor man Gehälter von 3000 M. zu erhöhen versuche.

Stadtv. **Bethcke** spricht von der ernsthaftesten Prüfung der Vorlage durch die F.-K. Die jetzigen Gehaltsverhältnisse könnten jedoch nicht länger mehr aufrecht erhalten bleiben. Es handle sich um die Erhaltung und Heranziehung eines wirklich guten Beamtenbestandes. Die F.-K. habe die Aufbesserung der Gehälter der Lehrer und der Beamten als zusammengehörig betrachtet. Die Sache sollte nicht getrennt werden, wie hier gewünscht wurde. Es ist gefährlich an unrechter Stelle zu sparen und wir haben uns auf das äußerste beschränkt. Sie können sich darauf verlassen, daß wir bei Ablehnung der Vorlage im nächsten Jahre genau dieselbe Frage hier stellen werden. Für eine en bloc-Annahme sei er nicht.

Stadtv. **Friedrich** bestreitet ganz entschieden, daß die ganzen Steuerträge, die nach Einführung des neuen Steuermodus kaum 10 Monate bestehen, schon gänzlich erprobt seien. Dem Satz, nicht an unrechter Stelle zu sparen, hätte die F.-K. schon seit vielen Jahren, wo Herr Bethcke bereits zweiter Vorsitzender der F.-K. war, bei den Straßenerweiterungen gerecht werden müssen durch rechtzeitige Ankäufe der zu erwerbenden Grundstücke. Die Beamten seien nach jeder Richtung hin im Vorteil gegen die anderen Bevölkerungsklassen mit Ausnahme allerdings der reichen Geldleute und gutsituierten Rentiers. Das Privilegium der Steuerfreiheit wird ihnen als Gehaltsbeitrag zugelegt; deren Spar und Konsumvereine erfreuen sich der Beihilfe der Behörden (durch miethreie Hergabe von Räumen 2c.), Pensionskassen, Wohnungsgeldzuschüsse u. s. w. gewähren ihnen Vorteile, die die Steuerzahler nicht haben. — Redner hält das vorgelegte Regulativ für unvollkommen, die Skalen seien nicht richtig. Es herrsche Ungleichmäßigkeit in der Behandlung der Beamten derselben Branche. Warum haben die Nachtwachtmeister, die Polizei-Inspektoren und Kommissare, warum die Bau-Inspektoren keine Skalen, sondern unveränderlich feststehenden Gehalt? Redner wiederholt das Ersuchen um Annahme seines Antrages.

Stadtv. **Gygas:** Man müsse stets eine Prüfung der Verhältnisse ins Auge fassen. Es kommt aber dabei immer darauf an, in welchem Verhältnisse sich derjenige selber befinde, der die Verhältnisse anderer zu prüfen habe. Gehen Sie einmal hinein in die Arbeiterviertel und betrachten Sie deren Familien- und Erwerbsverhältnisse, dann werden Sie eine andere Anschauung von der Notwendigkeit der vorliegenden Forderungen erhalten. In voriger Sitzung wurde bekannt, daß die Arbeiter in Beesen 23 Pfg. Stundenlohn hätten; nun, ich habe erkundet, daß dieselben nur 1.50 Mk. täglich verdienen. Was würden Sie sagen, wenn Ihnen solches Einkommen zugemutet würde? „Die größte Wurst muß meine sein" darf hier nicht gelten. Man solle auch den letzten Schwächsten ein auskömmliches Einkommen gönnen. Wenn lagen große Summen verbraucht werden in unzweckmäßiger Weise, ohne Rücksichtnahme auf die Verwilligenslage und Leistungsfähigkeit der Stadt, wenn Sie das Jahr aus Jahr ein thun, dann kommen Sie bald vor die Pleite. Redner bittet um Ablehnung sowohl der Vorlage als des Antrages Friedrich. (Ob dieser etwas energisch klingenden Auslassungen des Redners drücken die Gesichter der Magistratsmitglieder wie auch des größten Teiles der Stadtverordneten große Ueberraschung und Verwunderung aus.)

Stadtrat **v. Holly:** Bei den Beamten handelt es sich um etwas ganz anderes als bei den Arbeitern. Bei den ersteren wissen wir, was not thut, um gutes Beamtenmaterial zu erhalten. Wenn aber Herr Gygas, der kaum erst ein paar Tage in unseren Versammlungen ist und die Verhältnisse nicht kennen kann, von der Pleite spricht, so ist das nicht am Platze. Im Verhältnis zu unserem Etat sind die Summen, um die es sich handelt, ganz bedeutungslos.

Stadtv. **Hüllmann:** Man könne über die Lehrergehaltsaufbesserung denken wie man wolle, aber einen Notstand giebt es unter diesen nicht, denn man drängt sich nach Halle wie der Herr Stadtschulrat, der leider abwesend ist, bestätigen würde. Bei den Beamten besteht aber ein Notstand, denn die Assistentenstellen sind schwer zu besetzen und diese werden sehr oft wieder verlassen. Von Nebenverdiensten scheint nur in ironischer Weise die Rede gewesen zu sein — denn solche finden nur in wenigen Fällen statt. Die Beamten haben mehr zu leisten, als die Lehrer. Jene haben 48 Arbeitsstunden, diese nur 36. Dabei genießen sie die freie Zeit der Ferien. Die Lehrer aber haben Nebeneinkommen. Redner empfiehlt den Mag.-Antrag.

Stadtv. **Apelt** erkennt einen Notstand unter den Beamten durchaus nicht an. Es sei fort und fort mit den Aufbesserungen der Gehälter vorgegangen worden. Alle Vorteile liegen im Gegensatz zu den mit Steuern belasteten Bürgern auf Seite der Beamten. Erklärt sich für Ablehnung der Vorlage.

Stadtv. **Krüger** ist nach allem Vorausgegangenen zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Vorlage en bloc abgelehnt wird. Höhere Einkommen würden gewissermaßen für die Beamten gegenüber den Arbeitern) als notwendig erachtet. Das Streben nach fortschreitenden Aufbesserungen habe seine Ursache in der vorgefaßten Meinung der Beamten von einem standesgemäßen Auftreten. Diese Meinung wird vielleitig für richtig gehalten, während man die Merkmale des standesgemäßen Auftretens der Arbeiter in hohen Wangen und gepflickten Hosen erblicken zu wollen scheine. Die Warnungen, die hier über die Ausgabenvermehrungen und Einnahmeverringerungen ausgesprochen seien, wären wohl zu beachten; dennoch würde er für die Polizeisergeanten und die 3. und 2. Klasse Aufbesserungen gewähren. Die Gehaltshöhe, die der 2. Klasse gewährt werden soll, halten wir (Krüger und Albrecht) in der That erst für eine menschenwürdige. Die Deckung für die Ausfälle und Mehrkosten sei durch eine gerechtere Einkommensteuer, bei welcher die Millionäre besser heranzuziehen wären, zu finden. Daß diese es verstehen, sich zu schonen, ist schon gesagt worden. Abgesehen von dem Verhalten derselben bei der Denkmals-Sammlung, sei das früher schon in sehr bezeichneter Weise dokumentiert durch die Bochumer Einkommensteuer-Hinterziehungen. Im 3. Punkt der Tagesordnung liege wieder eine Angelegenheit vor, die weitere Anträge auf Abänderungen der Besoldungsverhältnisse der Magistratsmitglieder enthalte. Er lehne die Magistratsvorlage ab und würde nur für den Antrag Friedrich zu haben sein.

Die hierauf folgende Abstimmung ergiebt für die Magistratsvorlage ca. 6–7 Stimmen. Die Friedrichschen Anträge werden mit einer kleinen Majorität abgelehnt.

Damit ist die ganze Vorlage gefallen. (Schluß folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S. 11 Februar 1896.

* **Der Kampf ist entbrannt!** In der gestern abend im Neuen Theater abgehaltenem, von Hunderten von Konfektionsarbeitern besuchten Versammlung wurde nach einem außerordentlich beifällig aufgenommenen Referate des Genossen Ad. Thiele und nachdem Genosse Layer seitens der Kommission Bericht erstattet hatte über die ergebnislosen Verhandlungen mit der Firma Sernau,

einstimmig beschlossen, daß von heute ab sämtliche Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen zu streiken haben.

Die in Angriff genommenen Stücke sind unvollendet zu lassen. Will die Firma die Sachen wieder haben, so soll sie sich dieselben holen lassen, doch muß die Firma die bereits begonnene Arbeit bezahlen. Die anwesenden Frauen, welche Löhne an Mädchen zu zahlen haben, sollen sich an die Kommission wegen Unterstützung wenden. Die Kommission ist täglich von früh 8—12 Uhr und nachmittags von 3—1/8 Uhr in Zahns Restaurant am Martinsberge zu sprechen. Nächsten Sonntag wird eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher Genosse Albrecht referiert.

Alle Arbeiter und Arbeiterfreunde haben ihre Kleider nur aus solchen Geschäften zu beziehen, welche den Tarif bewilligt haben. Die Geschäfte werden von der Kommission bekannt gegeben werden. Bis dahin ist der Konsum einzustellen. Hoch die Solidarität aller Arbeiter! Helfe jeder mit, den Konfektionsarbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu erringen!

Resolution.

In der gestrigen Konfektions-Arbeiter-Versammlung wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Das hiesige Volksblatt wird aufgefordert, keine Annoncen bis auf weiteres von solchen Konfektionsfirmen aufzunehmen, welche nicht nachweisen können, daß sie ihre Waren von Konfektionären beziehen, welche die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen anerkannt haben.

* **Die Hammerstein'sche Giftmudel,** benamset Hall. Ztg., leistet sich in ihrer gestrigen Abendnummer folgende Notiz:

Von rohen Burschen, vermutlich Teilnehmern der sozialdemokratischen Versammlung am Freitag abend in Halle, wurden in später Stunde derselben Nacht in der Thalstraße in Kröllwitz und auf dem Schulberge eine große Anzahl gemauerte Gartenzaunpfeiler demoliert. Einen Teil des eisernen Zaunes von der Villa des Herrn Landwirt Louis Winter fand man nach längerem Suchen auf dem Schulberge im Gebüsch. Man glaubte, den Thätern auf der Spur zu sein. Sollten dieselben sich wirklich als Besucher jener Versammlung erweisen, dann ist es ja klar, welche Resultate jene Versammlungen ergeben. Wohin sollen sie auch weite, führen können, wenn unreifen Leuten beim Genuß geistiger Getränke allerlei Hetzereien fort und fort gepredigt werden?

Es genügt eigentlich, diesen Satz ohne Zusatz niedriger zu hängen. Den Fernstehenden mag jedoch bemerkt sein, daß am Freitag überhaupt keine „sozialdemokratische Versammlung" stattgefunden hat. Diese „Versammlung" lügt sich die Giftmudel aus der blanken Faust heraus. Noch besonders hervorzuheben, daß es nicht die Gepflogenheit der Sozialdemokraten ist, nach ihren Versammlungen Zaunpfeiler zu demolieren, hieße unsere Genossen beleidigen. Aber auf die Wahrheit kommt es der Hall. Ztg. auch garnicht an. Sie weiß, daß ihre hundsgemeine Lüge in den nächsten Tagen von sämtlichem Ordnungs-Preßzungezieser der Provinz eifrig nachgedruckt und daß mit diesem konservativen „kleinen Mittel" wieder der zünftige reichstreue Philister gegen die Arbeiterpartei aufgehetzt wird. Das zu erreichen, ist der Zweck der Notiz gewesen, und dieser Zweck wird erreicht werden. Bisher ist's gewöhnlich so gewesen: Wenn derartige rohe Streiche begangen worden waren, dann stellten sich nicht Sozialdemokraten sondern Studenten oder Lattcher als die Thäter heraus. Anders wird es auch im vorliegenden Falle nicht sein. Es gehört die ganze sittliche Fäulnis eines echten und rechten Ordnungsmenschen dazu, ohne jedweden Grund mit dem famosen „vermutlich" Angehörige unserer Partei als Urheber eines losen Streiches hinzustellen, der von einem Sozialdemokraten überhaupt nicht begangen sein kann; denn wer Sozialdemokrat ist, giebt sich ein für allemal zu solchen dummen Studenten- und Lattcherstreichen nicht her. Und mit solchem Preßgelichter muß man sich herumschlagen!

* **Nach dem Volksblatt die Saalezeitung.** Der arme Herr Oberbürgermeister Staude kommt nicht zur Ruhe. In der Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag war es ein Artikel des Volksblattes, der ihn „schmerzlich berührt" hatte (weil Herr Staude etwas hineintas, was nicht drinstand) und gestern regte ihn ein Artikel der Saalezeitung auf. Die gestrige Sitzung war auch nach anderer Richtung interessant. Die Lektüre des in vorliegender Nummer enthaltenen ausführlichen Berichts wird den Lesern den Beweis dafür liefern. Was die Saalezig. über die finanzpolitische Prognose des Herrn Bürgermeisters Schmidt, nunmehr in Erfurt donziliiert, gesagt hat, werden auch andere Leute Wort um Wort unterschreiben. Warum die bemerkbare Erregung des Herrn Oberbürgermeisters Staude? Soll es auch hier heißen: Qui s' excuse, s' accusse? Nun fehlt bloß noch, daß auch der Gen.-Anz. einmal einen Seitensprung gegen die Magistratskutsche riskiert, dann wäre der Gurkensalat fertig. Aber nein, das geschieht nicht. Dieser neudressierte Amtsgaul wird nicht ungeberdig werden; die reichliche Haferration muß geschiert bleiben. Eher ist der stumme Groll der Saalezeitung zu verstehen, da ihr im vergangenen Jahre besagter Hafer entzogen worden ist, und doch sticht er sie. Merkwürdig!

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Morgen gelangt zu Richard Wagners Todestag aus der Trilogie „Der Ring des Nibelungen" Siegfried — neu einstudiert, mit verstärktem Orchester zur Aufführung. Donnerstag geht Shakespeares „Romeo und Julia" in Szene, zu welcher Vorstellung Schülerbillets (Parkett 1 Mk., Parterre 75 Pf.) gültig sind.

Kleine Provinzial-Chronik. Nobel zeigte sich in Naumburg eine hiesige Dame. Sie verlor ihr Portemonnaie mit 700 Mark und gab der Finderin, einem Schulmädchen, zehn Pfennig. — In Großmorna wurde der Fuhrmann Uschmann von seinem Geschirr überfahren und getötet. — In Aschersleben hat der Lokomotivheizer Jul. Wagner ein Patent erhalten auf eine selbstwirkende, mit der Hand ausrückbare Eisenbahnwagenkuppelung. — In Schmiedeberg ist die Kleidung der vierjährigen Tochter des Arbeiters K. beim Feueranmachen in Brand geraten. Das arme Kind starb Sonntag früh an den erlittenen Wunden. — Die aus Merseburg stammende 19jährige Helene Th. ein blühend schönes Mädchen, ist in Berlin während ihres Auftretens in einer Singspielhalle wahnsinnig geworden. — In Rieder erhängte sich der Lehrling des Böttchermeisters Sigs an einem Baume. Steckbriefisch verfolgt wird wegen Unterschlagungen und Urkundenfälschung der Restaurateur Kunze, früher Pächter des Feldschlößchens zu Weißenfels. — Auf der Salzstraße bei Dürrenberg wurde der Kutscher eines Gutsbesitzers aus Wolkau beim Durchgehen der Pferde in den Graben geschleudert, aber zum Glück nicht schwer verletzt. Der Arbeiter Schuhmann aus Niemegk brach bei der Arbeit am Bagger zu Bitterfeld den rechten Fuß und quetschte sich schwer den linken. — In einer Kohlengrube bei Bitterfeld wurden einem Arbeiter durch abstürzende Schollen beide Füße zerschmettert. — In Ersteleben hatten sich der 19jährige Friedrich B. aus Aschersleben und die 16jährige Emma L. aus Kalbe a. S. in einem Gasthofe als Eheleute einquartiert. Ihrem Vorhaben, Flitterwochen ohne standesamtliche Bescheinigung zu genießen, wurde dadurch ein jähes Ende gemacht, daß sie ihrer Heimat zugeführt wurden.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 10. Februar. Erfolgreiche Revision. Der frühere Restaurateur Otto Buchholz aus Köthen, 56 Jahr alt, war vom Landgericht in Naumburg wegen Betrugs zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, wogegen er beim Reichsgericht Revision einlegte und damit erreicht hatte, daß das Urteil mit den thatsächlichen Feststellungen aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung dem hiesigen Landgericht überwiesen wurde. Er sollte im Monat Dezember 1892 in Köthen bezw. Apolda die Vereinsbrauerei in Apolda (Aktiengesellschaft) in betrügerischer Absicht um 3000 M. geschädigt haben. Angeklagter bestreitet, betrügerisch gehandelt zu haben. Er betrieb zur Zeit eine flottgehende Restauration in Köthen und beabsichtigte, einen Saal zu bauen, wozu ihm aber noch das nötige Geld zur Verfügung stand. Er hatte 15000 M. erste Hypothek und 21000 M. vom Köthener Vorschußverein. Um nun Geld zum Saalbau zu erlangen, wandte er sich wegen eines Darlehens an die Brauerei in Apolda. Diese sicherte ihm 15–20000 M. zu und zwar unter der Bedingung, daß der Betrag als 2. Hypothek eingetragen werde. Angeklagter erhielt aber am 13. Dezember nur eine Rate von 3000 M., dann aber nichts mehr, da die Brauerei erfahren hatte, daß außer der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960212-14/fragment/page=0003

1. Hypothek von 15000 M. auch noch die Hypothek von 21000 Mark auf dem Grundstücke stand. Angeklagter geriet bald darauf in Konkurs; sein Grundstück wurde subhastiert, und zwar 3000 M. fielen aus. Der Angeklagte behauptete, daß der Kassierer Hertel vom Vorschußverein in Kösen gesagt habe, wenn er Geld zum Saalbau bekomme, wolle der Vorschußverein mit seiner Kautionshypothek zurücktreten. Dasselbe habe der Kontrolleur Kittler vom Vorschußverein gesagt. Eine Bedingung von Bürgen stellen sei nicht gemacht worden. Die Zeugen Hertel und Kittler wollten sich dieser Vereinbarung nicht mehr genau erinnern können. Einige Entlastungszeugen bekundeten aber, daß Hertel gelegentlich der getroffenen Vereinbarungen nichts von einer Bürgschaftsleistung gesagt habe. Nach umfangreicher Beweisaufnahme erkannte das Gericht auf Freisprechung mit der Begründung, daß der Angeklagte annehmen durfte, daß nach den ihm gewordenen Mitteilungen der Vorschußverein mit seiner Hypothek zurücktreten werde.

Bigamie. Der 32jährige Arbeiter Adam Bindel aus Giebichenstein, geboren in Wengelsdorf bei Eisenach, bisher unbestraft, stand wegen Verbrechens nach § 171 des Str.-G. B. unter Anklage. Er hatte als Ehegatte eine neue Ehe geschlossen, bevor seine damals zu recht bestehende Ehe aufgelöst worden war. Am 26. Januar 1890 verheiratete er sich in Wengelsdorf mit Henriette Ronneberg, jagte aber nach drei Monaten seine Ehefrau fort und nahm sie nicht wieder. Am 23. Mai 1894 schloß er aber in Giebichenstein mit Amalie Heinrich unter dem Vorgeben er sei unverheiratet, eine zweite Ehe, die gesetzlich nicht zu Recht bestehe. Er hat geglaubt, die Ehe gelte als geschieden, wenn die Frau über zwei Jahre weggeblieben ist. Das ist aber ein Irrtum, und es gilt nur die mit Henriette Ronneberg geschlossene Ehe als gesetzlich zu Recht bestehend. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von einem Jahre nebst drei Jahren Ehrverlust. Der Gerichtshof erkannte unter Zubilligung mildernder Umstände auf ein Jahr Gefängnis.

Zum Bauhandwerkerstreik sei noch nachgetragen, daß in einer der letzten Strafkammersitzungen die Berufung des Arbeiters Anton Ebel von hier, der mit noch zwei Streikenden wegen Beleidigung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden war, verworfen wurde. Es ist aber nur Beleidigung als erwiesen angenommen worden.

Versammlungsberichte.

† Der Arbeiter-Bildungs-Verein hielt am Mittwoch den 5. Febr. seine General-Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Weißmann über „Gewissensfreiheit und Glaubenszwang"; 2. Bericht über die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre; 3. Abrechnung des letzten Vergnügens und des 4. Quartals 1895; 4. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten im Vereinslokal ab. Genosse Weißmann ging aus von dem Satze: „Religion und Wissenschaft vertragen sich wie Feuer und Wasser" und gab einen Vergleich, wie die Religion ausgeübt wird und wie sie ausgeübt werden sollte, zog dann in seinen Ausführungen die Entstehung wie die Lehre des Christentums und die vielfachen Verfolgungen und Ansechtungen heran, die in früheren Jahren die Bekenner dieser Lehre erdulden mußten. Redner erörterte für seinen einstündigen Vortrag reichen Beifall. Nach einer kurzen Pause gelangte das Gehörte zur Diskussion, an welcher sich mehrere Mitglieder beteiligten. Hierauf gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre und richtete das Ermahnen an die Mitglieder, auch im neuen Jahre den Verein kräftigst zu unterstützen. Es erfolgte hierauf die Abrechnung von dem letzten Wintervergnügen, welches einen kleinen Ueberschuß ergab, wie auch die Abrechnung vom 4. Quartal 1895. Die Einnahme von letzterem betrug 270,68 Mk., die Ausgabe 202,46 Mk., so daß ein Bestand von 68,22 Mk. verblieb. Die Versammlung erteilte dem Kassierer Decharge. Bei Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende die Fortsetzung resp. das Wiederbeginnen der neuen Kurse bekannt, auch daß in Kürze ein Kursus im Rechnen beginnen wird. Nachdem noch zwei eingegangene Fragen erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende unter Hinweis auf das den 29. Februar im gold. Hirsch stattfindende Stiftungsfest die Versammlung. G. Sch.

Aus dem Reiche.

Berlin. Hammerstein ist gestern abend in München eingetroffen und soll heute früh in Berlin angelangt sein. — Unser herrliches Kriegsheer. Sonntag abend nach 10 Uhr schlug ein Trainunteroffizier einem jungen Manne, der mit seinen Eltern heimging und weiter nichts sagte, als: „He, da ist noch ein Trainsoldat!" mit dem Schleppsäbel über den Kopf, daß das Blut hoch aufspritzte. Dann ergriff der Held die Flucht, führte aber noch einen Hieb nach einem Herrn, der ihn aufhalten wollte. Der Direktor der Rheinisch-Westfälischen Bank mit dem ominösen Namen Herm. Friedmann ist wegen Schwindeleien in Höhe von 200000 M. verhaftet worden. — Wegen vielfacher Unterschlagung ist der Feldwebel Werner vom Königin Augusta-Regiment in Spandau verhaftet worden. Er hat 300 M. Spargelder seiner Kompagnie veruntreut.

Dresden. Aus dem Lager der evangelischen Vereinsbrüder. Dr. P. Scheven, der wegen seiner anständigen Haltung zur Wahlenrechtung gemaßregelte Redakteur des Evang. Arbeitervereinsblattes in Dresden veröffentlicht an der Spitze des Blattes folgende Abschiedsworte an seine Leser: „Da ich nach der Meinung unseres Vorstandes auf bedenklichen politischen Bahnen wandle, die den Verein zu schädigen geeignet sein, lege ich hiermit das Amt eines Schriftleiters nieder und scheide gleichzeitig aus dem Verein aus. Möge der Verein wachsen, blühen und gedeihen! P. Scheven, Doktor der Staatswissenschaften". — Das Auftreten des Mannes ehrt denselben ebenso, als es den Vorstand des Vereins beschämt.

Dortmund. Der Barbier Westerfeld wollte gern einmal die Einrichtungen einer Grube im Innern kennen lernen, und schmuggelte sich deshalb mit einem Bergmanne in die Grube der Zeche Tremonia. In der Nähe eines Bremsschachtes glitt er aus und stürzte in den Schacht, aus dem er als zerschmetterte Leiche herausgezogen wurde.

Neuwied. Der Rechtsanwalt Faß von hier stand vor der hiesigen Strafkammer wegen Betrugs. Im verflossenen Sommer hatte sich in Koblenz eine Dampfschiffahrtsgesellschaft etabliert unter der firma Schiffenbusch u. Ko. Faß vermittelte gegen ein Honorar von 6000 Mk. den Eintritt eines gewissen Spennemann in diese Gesellschaft, indem er die Angaben Spennemanns, dieser sei vermögend, bestätigte. Hierin ersieht die Anklage den Thatbestand des Betrugs, da dem Faß bekannt gewesen, daß Spennemann ohne Vermögen sei, ja im Juni 1895 sogar den Offenbarungseid geleistet habe. Rechtsanwalt Faß wurde zu 1500 Mk. Geldstrafe und 6 Monaten Gefängnis, der Gesellschafter Spennemann auch zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

* **Bahnunglück.** Aus Liptau (Ungarn) wird berichtet, daß Freitag nachmittag ein nach Miskolcz fahrender Zug in einen Engpaß bei Vaczasz entgleist ist. 50 Arbeiter einer Zeche sollen tot sein, zahlreiche andere schwer verwundet.

* **Auch ein Edelster und Bester.** Die Gattin des Prinzen Josef Rohan, eine ehemalige Sängerin, entfernte sich, wie die Pest. Ztg. aus Wien berichtet, aus ihrem bisherigen Aufenthaltsort mit Hinterlassung ihrer drei Kinder und 1700 Gulden Schulden. Sie lebte in größter Not, nachdem der Prinz ihr ganzes Vermögen verschwendet hatte. — Die Rohans gehören zu den reichsten Grundbesitzern in Böhmen und anderen östreichischen Gebieten.

* **Ein Meteor** ist am Montag früh halb 10 Uhr über der Stadt Madrid geplatzt. Die Explosion erfolgte, wie dem „Wolffschen Bureau" zufolge eine Mitteilung des Observatoriums besagt, in der Höhe von 32000 Metern unter glänzender Lichterscheinung und war von einem gewaltigen Knall begleitet, welcher eine allgemeine Panik hervorrief. Alle Gebäude der Stadt erzitterten und zahlreiche Fensterscheiben sind zerbrochen.

* **Bei dem Einsturz einer Brücke** über den Pequebuck in Connecticut sind am 6. d. Mts 13 Arbeiter ertrunken.

* **Ein Pferdegalaft.** Die Versteigerung des Stalles von Max Lebaudy im Tattersall ergab 281950 Franken.

Quittung.

Ein Roter 30 Pf. zum Volksblatt-Fonds.

Eingesandt aus Eisleben.

In seiner Nummer vom 30. Januar schreibt der hiesige Bergbote folgendes:

In Nr. 19 des halleschen sozialdemokratischen Volksblattes wird recht herzbewegend geklagt, daß die letzte hier in Eisleben durch die „Roten" abgehaltene „öffentliche Volksversammlung" in der „Zentralhalle" unter Ausschluß der Oeffentlichkeit — es sollen im ganzen 7 hiesige „Genossen" anwesend gewesen sein — stattfand. Besonders traurig wird das Gemüt des Berichterstatters dadurch berührt, daß die Bergleute gänzlich fehlten. Er sucht dies nach seiner Weise durch angeblich ausgeübten Zwang zu erklären, wir wissen dagegen sicher, daß unser braver Bergmannsstand von der „Weisheit" sozialdemokratischer Revolverredner nichts wissen will. Wenn bei früheren Gelegenheiten einige Bergleute aus Neugier die „roten" Wanderredner angehört haben, so sind sie durch die faden Redensarten gründlich angewidert worden.

Wie werden alle Besucher der so hübsch verlaufenen Versammlung über die „im ganzen 7 Genossen" lachen. Eine derartige Behauptung ist eine selbst am Bergboten ungewöhnlich dreiste und plumpe Lüge. Wahrscheinlich hat der Berichterstatter des Bergboten nicht weiter als bis 7 zählen gelernt. Wenn der Macher des Bergboten nicht so kolossal feig wäre, thäte er doch wirklich besser, ein andermal persönlich sich zu überzeugen, wie viele Personen in unsere Versammlungen kommen; er hätte dann nicht nötig, seine Leser so furchtbar anzulügen. Ebenso windig ist auch die Behauptung, auf die Bergleute sei kein Zwang ausgeübt worden. Weiß der Bergbote nichts Genaueres darüber, so mag er sich bei Obersteiger Zottmann rähere Auskunft holen. Dieser Mann wird ihm gewiß gern bestätigen, daß er selbst es war, welcher einer ganzen Anzahl von Bergleuten gekündigt hatte, aus dem einfachen Grunde, weil dieselben unsere vorletzte Versammlung besucht haben. Wenn, wie der Bergbote schreibt, diese Bergleute bei früheren Gelegenheiten nur „aus Neugierde" in unsere Versammlung gegangen sind, so ist es einfach unverständlich, weshalb dieselben entlassen werden, da sie doch durch die faden Redensarten so wie so schon gründlich angewidert wurden.

Ganz der bekannten Wahrheitsliebe des Bergboten entspricht auch die Notiz in derselben Nummer, wonach die hiesigen „Roten" ein schwerer Schlag getroffen, indem ein hervorragender Genosse von der hiesigen Polizei in der Glume beim Wildern soll festgenommen worden sein. Thatsache ist, daß der Betreffende wohl kaum eine Ahnung davon hat, was ein Sozialdemokrat bedeutet. — Beim Bergboten heißt es eben, verleumde kühn, es bleibt doch etwas hängen. K.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle. vom 10. Februar

Aufgeboten: Der Fabrikarbeiter Reinhold Eckart und Henriette Wegel (Geiststraße 20 und Jg. Leipzig 15). Der Steindreher Albert Horbe und Marie Schmidt (Forsterstraße 6). Der Gärtner August Schlück und Pl. Schiffer (Beuchaer Str.).

Geboren: Dem Anatomiediener Johann Radunz ein S., Erich (gr. Steinstraße 52). Dem Postillon Friedrich Jüdicke ein S., Paul Otto Emil (Merseburgerstraße 14). Dem Klempner Walther Krause ein S., Walther Oskar Gustav (Schillerstraße 21). Dem Handarbeiter Ernst Kutzsch eine T., Luise Ida (Hirtenstraße 16). Dem Handarbeiter Karl Wintsch gen. Tamm ein S., Fritz Paul (Mansfelderstraße 11). Dem Handarbeiter Wilmar Hund ein S., Johann Karl Walther (Lilienstraße 10). Dem Tischler Ernst Mehle ein S., Alfred Willy Alex (Augustastraße 7). Dem Handarbeiter Karl Schneegaß eine T., Antonie Anna (Thorstraße 27). Dem Mechaniker Karl Taute eine T., Charlotte Erna (Thomasiusstraße 44). Dem Maler Georg Neubert ein S., Georg Hugo Max (gr. Steinstraße 53). Dem Steuererheber Friedrich Streit ein S., Friedrich Wilhelm (Streiberstraße 4). Dem Maler Alfred Herrmann ein S., Max Alfred (Lessingstraße 38). Dem Maschinenschlosser Robert Dobel ein S., Arthur Fritz (Schillerstraße 41).

Gestorben: Die Witwe Wilhelmine Lehmann geb. Kossian, 40 J. (Klinik). Des Maurermeister Wilhelm Kramer totgeb. S. (Forsterstraße 52). Der Handarbeiter Hermann Opel, 41 J. (Friedenstraße 1). Der Bahnhofsarbeiter Hermann Gisketz, 33 J. (Klinik). Des Gelbgießer Hermann Schulz T. Frieda, 1 M. (Spitze 38). Der Kaufmann Karl Hädicke, 62 J. (Magdeburgerstraße 60). Der Schichtmeister a. D. Karl Schirmer, 59 J. (Klinik). Der Kastellan Hermann Klappach, 57 J. (Klinik). Die Witwe Therese Jaensch geb. Redner, 59 J. (Burgstraße 6). Des Eisenbahn-Stations Assistent Franz Ludwig S. Bertram, 1 J. (Turmstraße 155). Des Handarbeiter Otto Hermann S. Friedrich, 8 M. (Glauchaerstraße 35). Des Former Albert Müller T. Bertha, 3 J. (Gartengasse 6).

Für die Redaktion verantwortlich: **A. Weißmann** in Halle.

Sozialdem. Verein für Halle u. d. Saalkreis.
Donnerstag den 13. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. **Faulmann,** Gartengasse 7.

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Redakteur **Adler** aus Halberstadt: „Doch Neues unter der Sonne." 2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Junker und Pfaffe.
A so zwoa wie wir zwoa,
Die giebts halt nit mehr.
Illustrirt Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung,
Bölbergasse 1.

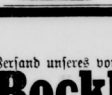
Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
The 6 Sunbeams, englische Tanzsängerinnen. — Die **Allison-Truppe,** Bravour-Barterre-Akrobaten. — Die Geschwister **Tourbillion,** akrobatische Kunst-Radfahrer. — **Brothers Maximi,** Bravour-Gymnastiker an den römischen Ringen. — Die **3 Galways,** musikalisch-exzentrische Fantasten. — Fräulein **Lilly Nora,** Lieder- und Walzersängerin. — Herr **Edmund Blum,** Original-Gesangs-Humorist.
Beginn 8 Uhr. Mittwoch Schlachtefest.
Alb. Streuber, Thomasiusstr. 36.

Der Versand unseres vorzüglichen
Bockbieres
beginnt **Sonnabend den 15. Febr.**
Gleichzeitig empfehlen wir unser Lager
Pilsener & Exportbier
in bekannter Güte und Bekömmlichkeit.
Hallesche Aktien-Bierbrauerei.
Fernsprecher 75.

C. L. Trübenbachs Restaurant, Lessingstr. 36.
Mittwoch den 12. Februar
II. grosses Schlachtefest und Narrenabend,
wozu ergebenst einladet D. O.

Schiemanns Restaurant, Geiststraße 48.
Mittwoch den 12. Februar
erstes grosses Narrenfest.
Selbstgebackene Pfannkuchen.
Hierzu ladet ergebenst ein **Ernst Schiemann.**
Kleines Vereinszimmer noch frei.

Stadttheater in Halle.
Mittwoch den 12. Februar 1896.
146. Vorstell. — 105. Abonn.-Vorstell.
Farbe: **weiß.**
Anfang 7½ Uhr. Ende 11½ Uhr.
Zum Gedächtnis an Richard Wagners Todestag.
Neu einstudiert, mit verstärktem Orchester
Siegfried.
1. Teil aus der Trilogie: Der Ring des Nibelungen.
In 3 Aufzügen von Richard Wagner.
Donnerstag den 13. Februar 1896.
147. Vorst. — 106. Abonn.-Vorstell.
Farbe: **rot.**
Schülerbillets giltig.
Romeo und Julia.
Trauerspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare.
Uebersetzt von A. W. Schlegel.


Heute Mittwoch
Schlachtefest. Wurst.
J. Banse,
Advokatenstraße 9a.

Gutkochende
Hülsenfrüchte:
Weiße Bohnen, à Pfd. 12, 13, 15, 20 ₰.
Erbsen, geschält à Pfd. 15, 18, 20 ₰.
Erbsen, gelb (Viktoria) à Pfd. 12, 15 ₰.
Erbsen, grün à Pfd. 12, 13, 15 ₰.
Linsen à Pfund 10, 12, 15, 20 ₰.
Erbsen, gespalten, geschält à Pfd. 12 und 15 ₰.
Pflaumen, thür., böhm., türk. und französische, à Pfd. 20, 25, 30, 40 ₰ empfiehlt
Otto Glaß am Buttermarkt.

Holzschuhe, Filzschuhe u. Filzpantoffeln
verkauft vorgerückter Saison halber zu Fabrikpreisen
D. Gründler, Kleischerstraße 42.

Mittwoch
hausschlacht. Wurst.
Th. Haring,
Brunoswarte.

Reste
in Tuch, Buckskin und Cheviot, sehr geeignet zu Knaben-Anzügen, Blusen, einzelne Hosen, sehr billigen Preisen verkauft
Alex Michel
Kleinschmieden 3.

Teile dem geehrten Publikum hierdurch mit, daß ich das **Restaurant** zum
Böhmerwald
Blücherstraße 15
übernommen habe und bitte um gütigen Zuspruch.
M. Unterainer.

Reinickes Restaur.
Ecke Jakob- u. Glauchaerstraße.
Donnerstag den 13. Febr.
gr. Familien-Abend.
Selbstgeb. Pfannkuchen.
Gemütliche Unterhaltung. D. O.

Erteile Unterr. i. Masn., Schnitta. u. pr. Schneid. F. Kirsten, Weidenpl. 26, III.

Als **Komiker** empfiehlt sich **Wilh. Angermann,** Kellnerstr. 6.

Frau zum Bauschneuern gesucht **Liebenauerstraße 157.**

Damen- u. Kindergarderobe w. sauber u. gutsitzend angef. Parkstraße 11, II.

Ein moderner Regenmantel, fast neu, billig zu verkaufen kl. Wallstr. 7, II.

Schiebekisten in allen Größen empf. **gr. Märkerstraße 23.**

Hintersch. v. kl. Handw. unt. Brunnenstraße verl. Abzug. Wittekindstr. 40.

Ein Stubenschlüssel verloren. Bitte abzugeben kl. Ulrichstraße 9, h. III.

Stube, Kammer 1 April zu vermieten **Unterplan 8.**

Eine Wohnung zu 35 Thlr. zu vermieten Ludwigstraße 41.

Speisekartoffeln.
Die beliebten **blaßroten Zwiebelkartoffeln** sind wieder frisch eingetroffen, ebenso **magnum bonum, Neustädter** und **Wisants.**
Jeden Mittwoch Schlachtefest bei **Franz Enke,** Friedrichsplatz.

Starker Handwagen zu verkaufen **Turmstraße 155.**

Gutenhaltener **Kinderwagen** billig zu verkaufen Schwetschkestraße 11a.

Saubere Betten vermietet **P. Dorenberg,** Albrechtstraße 12.

Möbl. Zimmer z. verm. Streiberstr. 2, I r.

Reichswürstchen & Zauersche,
in hochf. Qualität, täglich frisch, empfiehlt **M. Petter**
Magdeburger Wurstfabrik
Halle a. S., Leipzigerstr. 73.
Donnerstags: Knoblauchwürstch.

Achtung!
Stiefeln und Schuhwaren kauft man wie bekannt zu billigsten Preisen stets bei **Ferd. Kloppe,**
kl. Ulrichstraße Nr. 12.

Verlag und für den Inseratenteil verantwortlich Aug. Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.) Halle.